



Johannes Remmel
Minister für
Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft
Natur- und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen

Zukunft oder Vergangenheit

10 Kritikpunkte zum angekündigten Energiekonzept der Bundesregierung

Sprechzettel Bundespressekonferenz
am 27. August 2010

Konferenzsaal, Haus der Bundespressekonferenz
Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin

Sperrfrist: Beginn der Rede

– Es gilt das gesprochene Wort. –

Anrede,

im Juni hat der Bundesumweltminister zum ersten Mal angedeutet seinen Länderkollegen ein Energiekonzept vorstellen zu wollen. Im Juli zum zweiten Mal. Beide Termine waren nicht mehr als ein energiepolitisches Proseminar, gefüllt mit Absichtserklärungen – von einem Energiekonzept, keine Spur.

Das Energiekonzept der Bundesregierung ist bis dato ein Verschleierungskonzept. Eine offene Diskussion ist offensichtlich nicht gewünscht, das Verfahren läuft hinter verschlossenen Türen ab. Unter größter Geheimhaltung wird offenbar in den Hinterzimmern von Bundeswirtschaftsministerium und Bundesumweltministerium um einen Minimalkonsens gerungen. Weder die Länder, die Verbände und die Öffentlichkeit wurden bisher angemessen an den Rahmenvorgaben beteiligt.

Bereits am 28. September soll aber im Hauruck-Verfahren der Kabinettsbeschluss zum Energiekonzept gefasst werden. Das bedeutet: Wir hätten also in Deutschland noch ziemlich genau vier Wochen Zeit, um eine breite gesellschaftliche Diskussion zu führen. Die Auswirkungen des Konzepts betreffen alle. Hier werden Weichen für die Klima- und industriepolitische Zukunft gestellt. Das darf deshalb nicht zwischen den großen vier Energieversorgern und der Bundesregierung ausgedeutet werden. Wir brauchen darüber eine breite gesellschaftliche Debatte.

Neun Länderminister aus neun Bundesländern, jeweils zuständig für den Bereich Erneuerbare Energien, haben sich deshalb zusammengefunden. Es darf nicht sein, dass ein Atom-Laufzeitverlängerungskonzept aufgestellt wird, das die Zukunft unseres Landes verspielt. Wir wollen eine nachhaltige, effiziente, klimaschutzfreundliche und kosteneffiziente Energiezukunft, und keine Reise zurück in die Vergangenheit.

Anrede,

die heute von der Bundesregierung bekanntgewordenen Szenarien sind manipulativ und eindimensional. Sie zeigen: Die Bundesregierung will um jeden Preis den gesamtgesellschaftlich akzeptierten Atomkonsens aufkündigen. Das mag der Rendite der vier großen Energieversorger durchaus entgegenkommen, dem Klimaschutz hilft es in keiner Weise.

Wir brauchen die Atomkraft nicht, im Gegenteil. Sämtliche aktuellen Studien zeigen, die Energieerzeugung aus Erneuerbaren Energien kann und wird weiter kräftig steigen. Die Bundesregierung selbst – also nicht etwa Rote oder Grüne – hat zuletzt im Sommer 2010 den „Nationalen Aktionsplan für erneuerbare Energie“ nach Brüssel gemeldet, der von einem Anteil von 38,6 % Erneuerbaren Energien an der Stromversorgung im Jahr 2020 ausgeht. Damit kann der komplette Atomstrom bis zum Jahr 2020 mit regenerativer Stromerzeugung ersetzt werden.

Dabei gibt es bereits heute bestimmte Tageszeiten und Tage an denen wir unseren kompletten Strombedarf fast komplett aus Erneuerbaren Energien decken können. Dieser Trend wird stark zunehmen. Also benötigen wir kleinere und dezentrale Kraftwerke, die bei Bedarf flexibel und schnell regelbar zugeschaltet werden können. Angesiedelt vor Ort, bei den Stadtwerken.

Die Bundesregierung aber strickt kräftig weiter am Märchen von der Vereinbarkeit von Atomkraft mit Klimaschutzzielen und dem Ausbau Erneuerbarer Energien. Atomkraftwerke sind technisch und aus Sicherheitsgründen nicht in der Lage ihre Leistung so häufig und stark herunterzufahren, wie das zur Ergänzung des Angebotes aus erneuerbaren Energien notwendig ist.

Die kommunalen Stadtwerke haben auf Grundlage des Atomkonsenses bereits Investitionsentscheidungen über 12 Milliarden Euro getroffen, fast ausschließlich in den Bereichen Erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung. Diese Investitionen stehen vor dem Aus. Die kleinen Stadtwerke mit

ihren kleinen Kraftwerken können derzeit nicht konkurrieren mit den bereits
abgeschriebenen großen Kraftwerken der großen Energieversorger.

Mit starken Stadtwerken hätten wir endlich einen Markt mit mehr Wettbewerb.
Das stärkt den Mittelstand, sichert Innovationen und Investitionen – und schafft
Arbeitsplätze in einer der wichtigsten Zukunfts- und Wachstumsbranchen.

Anrede,

mit der Aufkündigung des Atomkonsenses verstößt die Bundesregierung gegen
das Grundgesetz. Es gibt eine Verwaltungs- und Organisationshoheit der
Länder, diese zu umgehen ist verfassungswidrig. Das hat der
Bundesumweltminister selbst durch ein Gutachten bestätigt. Ein weiteres
Gutachten der Kanzlei Gassner und Partner aus Berlin hat darauf hingewiesen,
dass eine Laufzeitverlängerung auch die Haftung der jeweiligen Bundesländer
verlängert. Das alleine reicht schon, um die Länder an der Entscheidung zu
beteiligen. Schwarz-Gelb hat keine Mehrheit mehr in der Länderkammer. Dieser
Realität sollten sie sich schnellstens bewusst werden.

Sollte es nicht dazu kommen, werden wir gemeinsam vor das
Bundesverfassungsgericht ziehen, um unsere Rechte durchzusetzen.

*(Rede und Thesenpapier stehen zum Download bereit unter
www.umwelt.nrw.de)*